

// Maximilian Bach (ZEW Mannheim) und
Mira Fischer (WZB Berlin)

Mit verbindlichen Grundschulempfehlungen erreichen Grundschüler/innen bessere Leistungen, empfinden aber auch mehr Stress

Das Für und Wider von verbindlichen Empfehlungen für weiterführende Schulen nach der Grundschule wird in Wirtschaft und Politik kontrovers diskutiert. Die gesetzlichen Vorgaben zum Übergang von der Grundschule in die weiterführenden Schulen unterscheiden sich zwischen den Bundesländern zum Teil erheblich. Während die Mehrheit der Länder den Eltern die endgültige Entscheidung über die Schulform überlässt, ist der Zugang zu einer höheren Schulform in einigen Ländern verbindlich an die Empfehlung der Grundschule gebunden. Eine aktuelle Studie des ZEW Mannheim und des WZB Berlin zeigt nun, dass sich die Verbindlichkeit der Schulform-Empfehlung bereits auf die schulischen Leistungen und auf das subjektive Wohlbefinden der Grundschüler/innen auswirkt. Wenn Grundschulempfehlungen verbindlich sind, verbessern sich die gemessenen schulischen Kompetenzen in der vierten Klasse. Gleichzeitig sinkt jedoch die Lernfreude, während Noten- und Zukunftsängste zunehmen.



HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

- Verbindliche Grundschulempfehlungen setzen Lernanreize, die zu einer Verbesserung der schulischen Kompetenzen am Ende der Grundschule führen.
- Der zusätzliche Leistungsdruck wirkt sich jedoch negativ auf das Wohlbefinden und die Lernfreude von Schüler/innen aus. Noten- und Zukunftsängste nehmen zu.
- Ob die Grundschulempfehlung verbindlich sein sollte, ist also eng verbunden mit der Frage, ob man im Tausch für bessere Kompetenzen bereit ist, Grundschüler/innen einem erhöhten Leistungsdruck und den damit verbunden Konsequenzen auszusetzen.
- Die Beantwortung der Frage, ob die Grundempfehlung verbindlich sein soll, liegt im Ermessen von Eltern und Politik. Unter anderem hängt, wie die vorliegende Studie nahelegt, die Antwort davon ab, welches Gewicht man dem gegenwärtigen Wohlergehen und dem für das zukünftige Wohlergehen relevanten Kompetenzerwerb jeweils beimisst.

Der Übergang von der Grundschule in eine weiterführende Schule stellt in Deutschland eine wichtige Weichenstellung in der Bildungsbiographie da. Die weiterführenden Schulen unterscheiden sich nicht nur in den vermittelten Inhalten, in der sozialen Zusammensetzung der Schüler, sondern auch durch die anschließenden Bildungsmöglichkeiten, wie dem Zugang zur Hochschule. Im internationalen Vergleich zeichnet sich das deutsche Schulsystem dadurch aus, dass Kinder in den meisten Bundesländern besonders früh, im Alter von etwa zehn Jahren, auf unterschiedliche Schulformen aufgeteilt werden.

Während in allen Bundesländern die Grundschule für jede/n Schüler/in eine Empfehlung darüber ausspricht, welche Schulform sie für sie/ihn für geeignet hält, überlassen die meisten Bundesländer den Eltern das letzte Wort über den weiteren Bildungsweg ihrer Kinder, sie sind somit nicht an die Empfehlungen der Grundschule gebunden. In den Ländern Bayern, Brandenburg und Thüringen ist die Empfehlung jedoch verbindlich, in Baden-Württemberg wird derzeit über die Wiedereinführung der im Jahr 2012 abgeschafften Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung diskutiert.

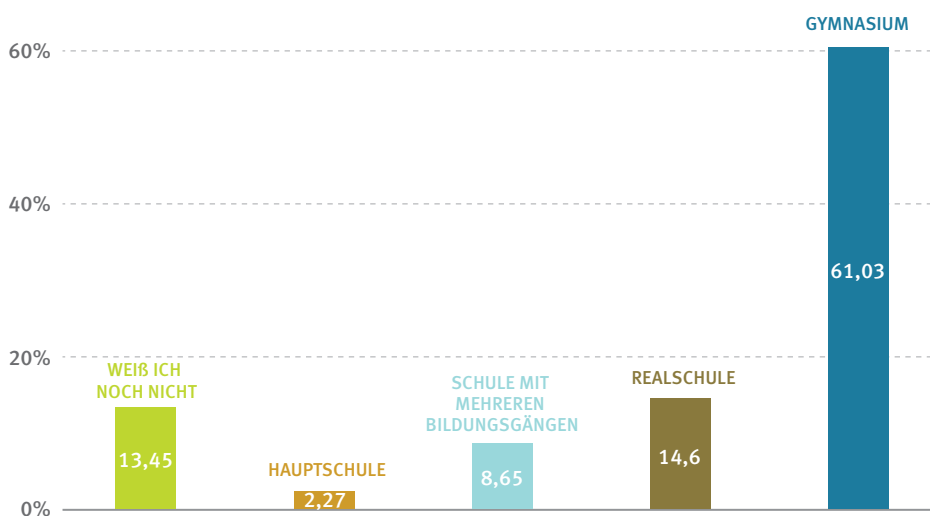
In der Forschung und Politik werden die Vor- und Nachteile der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung diskutiert. Kritiker sehen in der Verbindlichkeit einen zu starken Eingriff in die Wahlfreiheit der Eltern. Zudem kommen die Empfehlungen hauptsächlich ohne standardisierte Leistungsmessung zustande und basieren stattdessen häufig auf subjektiven Bewertungen, die mitunter systematischen Verzerrungen unterliegen. In diesem System werden Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern oftmals benachteiligt, da sie bei gleicher Leistung seltener eine Gymnasialempfehlung erhalten.

Dieser Überlegung kann man jedoch entgegen halten, dass die Wahlfreiheit der Eltern möglicherweise zu einer noch stärkeren Verringerung der Leistungsgerechtigkeit führt, da sich Eltern mit höheren Bildungsabschlüssen öfter über eine fehlende Gymnasialempfehlung hinwegsetzen. Dies könnte soziale Benachteiligungen durch eine nochmals stärkere soziale Segregation in den weiterführenden Schulen verstärken.

Deutscher Sonderweg: Kinder werden früh in Schulformen aufgeteilt

In einigen Bundesländern sind die Empfehlungen der Grundschule verbindlich

ABBILDUNG 1: GEWÜNSCHTE SCHULFORM IN DER VIERTEN KLASSE



Antwort auf die Frage: Auf welche Schule würdest du gerne gehen, wenn du es dir aussuchen könntest? Aktuelle Studie untersucht die Effekte der Regeln für die Schulformwahl auf Grundschüler
Quelle: NEPS-SC2, Welle 6: 4. Klasse

AKTUELLE STUDIE UNTERSUCHT DIE EFFEKTE DER REGELN FÜR DIE SCHULFORMWAHL AUF GRUNDSCHÜLER

Weniger beachtet wurde in der Diskussion bisher, dass sich die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung bereits in der Grundschule auf das Verhalten und Wohlbefinden von Schüler/innen auswirken kann. Verbindliche Grundschulempfehlungen wirken möglicherweise als zusätzlicher Lernanreiz. 61 Prozent der Grundschüler/innen in Deutschland geben an, auf das Gymnasium wechseln zu wollen. Jedoch gelingt ein direkter Übergang nur etwa 40 Prozent. In einem aktuellen Forschungsprojekt untersuchen Forscher/innen des WZB Berlin und des ZEW erstmals, ob die Möglichkeit für Eltern, sich über die fehlende Empfehlung für eine höhere Schulform hinwegzusetzen, die schulischen Leistungen und auch die Lernmotivation der Schüler/innen am Ende der Grundschule tatsächlich beeinflusst (Bach & Fischer, 2020).

In der Studie machen wir uns Unterschiede in den Regelungen der einzelnen Bundesländer und Reformen zunutze. Als Datengrundlage dienen verschiedene Datensätze, die Leistungen von Grundschulern durch standardisierte Tests repräsentativ für Deutschland abbilden: Den IQB-Ländervergleich, der die Kompetenzen von Schüler/innen der 4. Jahrgangsstufe für alle Bundesländer in den Jahren 2011 und 2016 misst, das Nationale Bildungspanel (NEPS), das u.a. einer repräsentativen Kohorte von Schülern folgt, die 2012 eingeschult wurden, sowie Ergebnisse der Vergleichsarbeiten der Jahrgangsstufe 3 (VERA 3), die jährlich Leistungen von Drittklässlern an allen staatlichen Grundschulen erheben.

Bei der Studie kamen verschiedene methodische Ansätze zum Einsatz. Der erste ist der sogenannte Differenz-in-Differenzen Ansatz. Hierbei werden die Leistungen am Ende der vierten Klasse vor und nach der Abschaffung der verbindlichen Empfehlung im Jahr 2012 in den Ländern Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt, mit der Entwicklung in den Ländern verglichen, die keine Regeländerung vorgenommen haben. Es wird also das relative Leistungsniveau unterschiedlicher Jahrgänge vor und nach der Abschaffung der Verbindlichkeit verglichen. In einem zweiten Verfahren wird die Leistungsentwicklung eines Jahrgangs von der zweiten zur vierten Klasse in Ländern mit und ohne verbindlichen Empfehlungen verglichen. Die Idee hinter diesem Ansatz ist, dass hauptsächlich die Leistungen in der vierten Klasse in die Grundschulempfehlung eingehen, Schulnoten der vorherigen Klassenstufen jedoch nicht. Daher ist zu erwarten, dass sich verbindliche Empfehlungen weniger stark auf die Leistungen in der zweiten als in der vierten Klasse auswirken. Der dritte Ansatz kombiniert die ersten beiden Ansätze, indem die Leistungsentwicklung von der dritten zur vierten Klasse von Jahrgängen vor und nach der Abschaffung der Verbindlichkeit verglichen wird. Die nach diesem Verfahren geschätzten Wirkungen auf die schulischen Leistungen können demnach auf Änderungen in den Leistungen nach der dritten Klasse zurückgeführt werden.

Die Analyse dieser Daten zeigt, dass sich die Schülerleistungen ohne verbindliche Empfehlungen in allen getesteten Kompetenzen deutlich verschlechtern. In Mathematik beträgt der Effekt zehn bis 14 Prozent einer Standardabweichung, beim Lesen sechs bis acht Prozent, beim Zuhören neun Prozent und bei der Orthographie 20 Prozent. Die Größe dieser Effekte lässt sich veranschaulichen, indem sie ins Verhältnis zum durchschnittlichen Lernzuwachs während eines Schuljahres gesetzt werden. In Mathematik beträgt dieser 80 Prozent einer Standardabweichung zwischen der dritten und vierten Klasse. Dies bedeutet Kompetenzverlust von 12,5 bis 17,5 Prozent eines Schuljahres in Mathe. Bei 40 Wochen Unterricht pro Schuljahre wären dies mindestens fünf Wochen. In den sprachlichen Kompetenzen Lesen, Zuhören und Orthographie sind es zwischen vier bis acht Wochen.

Die Mehrheit der Schüler/innen will auf das Gymnasium

Die Studie im Detail

Analysen beruhen auf drei unterschiedlichen methodischen Ansätzen

Verbindlichkeit erhöht Leistungen am Ende der Grundschule

Weitere Analysen legen nahe, dass Schüler/innen bei verbindlichen Empfehlungen mehr Zeit mit eigenständigem Lernen nach der Schule verbringen. Diese zusätzlichen Anstrengungen scheinen selbstbestimmt zu erfolgen und nicht durch Druck der Eltern. So konnte die Studie keine Unterschiede in Erziehungsmaßnahmen der Eltern finden, wie Hausaufgabenkontrolle oder zusätzlichen Privatunterricht. Dies deutet daraufhin, dass der Wunsch eine höhere Schulform zu besuchen direkt das Lernverhalten von Schüler/innen beeinflusst, wenn die Erfüllung des Schulwunsches an die Leistungen am Ende der Grundschule gekoppelt ist. Dieser zusätzliche Leistungsdruck hat aber auch eine Kehrseite: Eine deutlich erhöhte Noten- und Zukunftsangst sowie eine reduzierte Lernfreude unter den Viertklässlern bei verbindlichen Grundschulempfehlungen.

**Wirkungskanal:
höhere
Lernanstrengungen**

FAZIT

Während die Forschung sich einig darüber ist, dass bessere schulische Kompetenzen langfristig positive Effekte auf das Wohlergehen haben und die Leistungen in den weiterführenden Schulen haben, zeigt die vorliegende Studie auf, dass es kurzfristig einen Zielkonflikt zwischen dem Wohlergehen und dem Kompetenzerwerb von Grundschulern geben kann: Leistungsdruck verbessert zwar die gemessenen schulischen Kompetenzen, verringert jedoch gleichzeitig das Wohlergehen und die Freude am Lernen am Ende der Grundschule. Ob die Grundschulempfehlung verbindlich sein sollte, ist also eng verbunden mit der Frage, ob man im Tausch für bessere Kompetenzen bereit ist, Grundschüler/innen einem erhöhten Leistungsdruck und den damit verbunden Konsequenzen auszusetzen. Die Beantwortung dieser Frage hängt von den Präferenzen von Eltern und der Politik ab.

**Abwägung: bessere
Leistungen oder
mehr Wohlbefinden
und Lernfreude**

Literaturangaben

Bach, Maximilian und Mira Fischer (2020): Understanding the Response to High-Stakes Incentives in Primary Education, ZEW Discussion Paper No. 20-066, Mannheim

Blossfeld, H.-P., H.-G. Roßbach und J. von Maurice (Hrsg.) (2011). Education as a Lifelong Process – The German National Educational Panel Study (NEPS). Zeitschrift für Erziehungswissenschaft: Sonderheft 14. (Volltext)

Diese Arbeit nutzt Daten des Nationalen Bildungspanels (NEPS): Startkohorte Kindergarten, doi:10.5157/NEPS:SC2:9.0.0. Die Daten des NEPS wurden von 2008 bis 2013 als Teil des Rahmenprogramms zur Förderung der empirischen Bildungsforschung erhoben, welches vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) finanziert wurde. Seit 2014 wird NEPS vom Leibniz-Institut für Bildungsverläufe e.V. (LifBi) an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg in Kooperation mit einem deutschlandweiten Netzwerk weitergeführt.



ZEW policy brief

Autoren: Maximilian Bach · maximilian.bach@zew.de · Mira Fischer · mira.fischer@wzb.eu

Herausgeber: ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung
L 7, 1 · 68161 Mannheim · Deutschland · info@zew.de · www.zew.de · twitter.com/ZEW

Präsident: Prof. Achim Wambach, PhD · Geschäftsführer: Thomas Kohl

Redaktionelle Verantwortung: Sabine Elbert · sabine.elbert@zew.de

Anmerkung zum Zitieren aus dem Text: Es ist gestattet, Auszüge aus dem Text in der Originalsprache zu zitieren, insofern diese durch eine Quellenangabe kenntlich gemacht werden.

© ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim

ZEW

Leibniz
Leibniz
Gemeinschaft